

Antrag

der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Konstantin von Notz, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Kai Gehring, Ottmar von Holtz, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Dr. Tobias Lindner, Cem Özdemir, Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Luise Amtsberg, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, Sven-Christian Kindler, Claudia Müller, Filiz Polat, Tabea Rößner, Stefan Schmidt, Wolfgang Wetzels und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kurskorrektur in der Russlandpolitik – Menschenrechte, Demokratie und europäische Friedensordnung konsequent verteidigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Beginn des Regimes von Wladimir Putin vor mehr als zwanzig Jahren bedeutete für Russland einen massiven politischen Kurswechsel. Standen die 1990er Jahre zwar einerseits für ökonomische Instabilität, soziale Unsicherheit und oftmals fragwürdige Privatisierungsverfahren, andererseits aber für die Entwicklung demokratischer Strukturen, für freie Wahlen und breite gesellschaftliche Debatten, so betrieb Putin ab 2000 systematisch die Demontage der demokratischen Errungenschaften, während er gleichzeitig eine nachhaltige Modernisierung der Wirtschaft versäumte. Am Beginn seiner Herrschaft standen der mit großer Brutalität geführte Tschetschenienkrieg, Angriffe auf damals noch unabhängige Medien und die zunehmende Zentralisierung der Machtstrukturen. Mit der jüngsten Verfassungsänderung, welche durch ein gefälschtes Referendum zustande kam, festigt Putin seine Macht über die nächsten Jahrzehnte und zementiert das von ihm errichtete autoritäre System. Darüber hinaus attackiert die russische Führung seit einigen Jahren immer offensiver die zur Sicherung von Stabilität und Frieden in Europa vereinbarten Prinzipien. Russland ist heute keine „gelenkte Demokratie“, sondern ein autokratischer Staat, der von Putin immer weiter in die Selbstisolation geführt wird, um die eigene Autorität nach innen zu stärken. Es geht Putin und einem ihm seit Jahrzehnten umgebenden Kreise von vertrauten Männern aus Sicherheitsapparat und Oligarchie vor allem darum, die eigene Macht auszubauen und zu erhalten. Die wirtschaftliche Basis dieses „Systems Putin“ bilden staatliche russische Konzerne wie Gazprom, Rosneft oder Transneft, die sich in der Hand von Vertrauten befinden und zur Selbstbereicherung genutzt werden. Während die politische Elite einseitig auf den Export fossiler Rohstoffe setzt, bekommt die russische Bevölkerung zunehmend die Folgen der versäumten wirtschaftlichen Modernisierung und breiteren Aufstellung der russischen Wirtschaft zu spüren, in deren Folge die Realeinkommen seit Jahren sinken.

Die russische Führung hat ihren nach innen repressiven und nach außen aggressiven Kurs aus freien Stücken und in alleiniger Verantwortung eingeschlagen. Kein anderer Staat – auch nicht die NATO – trägt dafür die Verantwortung. Auch steht dieser Kurs im Widerspruch zu den von Russland selbst eingegangen internationalen Verpflichtungen, wie sie sich aus der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris oder der Europäischen Menschenrechtskonvention ergeben.

Langfristiges Ziel bleiben enge und vertrauensvolle Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland, auf Basis der Verpflichtungen, Werte und Prinzipien der genannten Dokumente. Wir unterstreichen die fortwährende Bereitschaft, gemeinsam mit Russland am „Europäischen Haus“ zu bauen – denn Russland gehört zu Europa. Als souveräner Staat liegt es jedoch allein an der russischen Regierung, die Gespräche mit der EU und im Rahmen des Europarats und der OSZE ernsthaft und aufrichtig zu führen und zu einer Politik der Kooperation und der Achtung der Menschenrechte der eigenen Bürgerinnen und Bürger zurückzukehren. Gleichzeitig wollen wir alles tun, um Begegnungen und Austausch mit den Menschen in Russland zu fördern und auszubauen.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Kernbotschaft der Schlussakte von Helsinki: Sicherheit und Stabilität in Europa sind auf das engste verwoben mit der Achtung von Menschenrechten, Demokratie und gesellschaftlicher Freiheit. Das Regime Putin aber unterdrückt zivilgesellschaftliche Initiativen und kritische Stimmen, die für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland kämpfen, immer stärker. Friedliche regierungskritische Proteste werden gewaltsam und mit Massenverhaftungen aufgelöst. Grenzüberschreitende, zivilgesellschaftliche Kooperation wird vom Kreml kontinuierlich diffamiert und erschwert, insbesondere durch das jüngst erneut verschärfte sogenannte „Agentengesetz“, das neben Nichtregierungsorganisationen nunmehr auch Einzelpersonen betrifft. Trotz wachsender Repressionen bis hin zu Mordanschlägen auf politische Gegner*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen lässt sich die russische Opposition nicht entmutigen. Vor allem junge Menschen wenden sich vom korrupten Putin-System ab. Der Deutsche Bundestag unterstreicht: Wir stehen fest an der Seite dieser mutigen Vorkämpferinnen und Vorkämpfer für ein demokratisches und freies Russland. Dies muss sich auch in einem deutlichen Ausbau der deutschen und europäischen Unterstützung für die russische Zivilgesellschaft niederschlagen.

Der Kreml setzt in immer stärkerem Ausmaß und unter Aufwendung erheblicher finanzieller Mittel nachweislich auf den Einsatz von Desinformation in Russland, der Europäischen Union, zahlreichen westlichen Staaten, östlichen Partnerländern und insbesondere auch in Deutschland. Die mithilfe staatlicher Medien, der Ausnutzung von Aufmerksamkeitsmechanismen sozialer Netzwerke, gehackter oder eigens dafür erstellter Profile und sogenannter Troll-Fabriken und direkt oder indirekt durch staatliche Vertreterinnen und Vertreter gestreute Desinformation sollen Menschen verunsichern, gesellschaftliche Konflikte befeuern sowie Werte- und Referenzsysteme in der politischen Meinungsbildung verwischen. Unabhängiger Journalismus ist das stärkste Mittel gegen staatliche Propaganda. Gleichzeitig bedarf es mehr Sensibilität von Bundesregierung und Behörden im Umgang mit derartigen Methoden, Instrumenten und hybriden Bedrohungslagen. Detektion von Beeinflussungen auf sozialen Netzwerken, die Stärkung der IT-Sicherheit und neue Strukturen zur Erkennung hybrider Bedrohungen müssen als Mittel gegen staatliche Propaganda gestärkt werden.

Der Deutsche Bundestag hebt die besondere Relevanz der Beziehungen zwischen der EU und Russland hervor. Die Bekämpfung des Klimawandels oder Abrüstungsfragen können nicht ohne Mitwirkung Russlands erfolgreich sein. Auch kann es langfristige Sicherheit und Stabilität in Europa nur geben, wenn auch Russland ein Interesse daran hat. Demgegenüber ist festzustellen, dass es gegenwärtig leider nur wenige Felder gibt, auf denen seitens der russischen Führung ein ernsthaftes, belastbares Kooperationsinteresse bestünde. Auch versucht der Kreml im Gegenteil, die EU zu spalten und zu

schwächen. Die nachrichtendienstliche Tätigkeit Russlands in der EU und in Deutschland nimmt, was Quantität und Qualität angeht, spürbar zu.

Mit der völkerrechtswidrigen Besetzung und Eingliederung der ukrainischen Halbinsel Krim und der Kriegsführung gegen die Ukraine fügt Russland der Europäischen Friedensordnung massiven Schaden zu. Russlands militärische Einsätze in verschiedenen Krisenregionen der arabischen Welt wirken ebenfalls destabilisierend und verhindern nachhaltige Friedensordnungen im multilateralen Rahmen. Statt sich und seine Verbündeten in die Vermittlungsprozesse der Vereinten Nationen konstruktiv einzubringen, versucht Russland mit eigenen Formaten und punktuellen, bilateralen Abkommen nationale Interessen rücksichtslos durchzusetzen wie z. B. in Syrien und Libyen. Russland lässt Konflikte schwelen, statt sie zu lösen. In Belarus, der Ukraine, Armenien, Moldova und Georgien bekämpft der Kreml seit Jahren aktiv demokratische Bestrebungen und die EU-Annäherung dieser Länder im Rahmen der Östlichen Partnerschaft. Diese Politik der gezielten Destabilisierung steht den Interessen der EU diametral entgegen. Deutschland und die Europäische Union müssen sich ihr konsequent und geeint, besonnen und ausdauernd entgegenstellen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ihre Russlandpolitik grundsätzlich zu überprüfen. Insbesondere

- diese konsequent auf die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland sowie ein einiges Auftreten der Europäischen Union gegenüber Russland auszurichten;
- anzuerkennen, dass eine weitere Gas-Pipeline wie Nord Stream 2 für die Energieversorgung Europas nicht notwendig, aber vor allem klimaschädlich ist und ihre aktive Beförderung von Nord Stream 2 zu beenden und dem Projekt eine Absage zu erteilen;
- die demokratische Zivilgesellschaft in Russland und grenzüberschreitende Kooperationsprojekte mit ihr stärker, unbürokratischer und durch längerfristige Planungssicherheit zu unterstützen;
- als Reaktion auf die Isolationspolitik des Kremls den gesellschaftlichen Austausch mit Russland, insbesondere in den Bereichen Zivilgesellschaft, Jugend und Kultur, erheblich zu intensivieren und auf EU-Ebene diesbezüglich für eine Lockerung und großzügige Auslegung der einschlägigen Visa-Bestimmungen zu werben;
- anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls des nationalsozialistischen Deutschlands auf die Sowjetunion das mit der deutschen Vernichtungspolitik über die Menschen in der Sowjetunion gebrachte, unermessliche Leid stärker im deutschen Diskurs zu verankern sowie die Aussöhnung mit allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion weiter voranzutreiben, ohne diese mit sachfremden politischen Interessen zu vermischen oder einzelne Staaten gegenüber anderen hervorzuheben;
- auf eine Rücknahme des sogenannten „Agentengesetzes“ und des Gesetzes über „nicht erwünschte ausländische Organisationen“ zu bestehen;
- sich vor die deutschen politischen Stiftungen und NGOs in Russland zu stellen, die für den politischen und zivilgesellschaftlichen Austausch mit Russland arbeiten, und die infamen Anschuldigungen gegen sie zurückzuweisen sowie ihre Arbeitsmöglichkeiten zu verteidigen;
- im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik den Kultur- und Jugendaustausch zu sichern;

- wirtschaftliche Großprojekte mit russischen Staatskonzernen und kremlnahen Unternehmen grundsätzlich nicht zu unterstützen und gegenüber der deutschen Wirtschaft deutlich zu machen, dass die das „System Putin“ prägende Korruption und mangelnde Rechtssicherheit auch ihren Interessen schadet;
- dafür zu sorgen, dass den Aktivitäten von russischen Oligarchen in der EU endlich der Kampf angesagt, und insbesondere die deutschen und europäischen Kapazitäten zur Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption gestärkt und gebündelt werden:
 - Transparenz im Immobiliensektor über Zahlungsströme sowie die wahren Immobilieneigentümer*innen herzustellen;
 - die Kooperation und die verfügbaren Ressourcen in Prävention und Strafverfolgung von Geldwäsche zu verbessern;
 - Registerdaten zur Prävention und Aufdeckung von Geldwäsche im Immobiliensektor datenschutzkonform bereitzustellen;
- Lehren aus der zu späten Reaktion auf die politische Entwicklung in Belarus zu ziehen und
 - eine permanente und eindeutige Anlaufstelle für bedrohte Dissident*innen einzurichten;
 - vorausschauend einen Mechanismus zu entwickeln, um im Bedarfsfall deutlich schneller humanitäre Korridore für politisch Verfolgte und effektive Soforthilfeprogramme einrichten zu können;
 - eine Strategie zum effektiven Schutz von Dissident*innen in Deutschland vor politischer Verfolgung und Überwachung durch ihre Heimatregime vorzulegen;
- die Unterstützung der menschenverachtenden Diktatur Lukaschenkas in Belarus durch den Kreml in aller Schärfe zurückzuweisen, die gegen die belarussische Diktatur verhängten Sanktionen, auch gegen belarussische Unternehmen, deutlich zu verschärfen und Sanktionen gegen russische Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen in Belarus auf den Weg zu bringen;
- keinerlei Zweifel daran zu lassen, dass die vollständige Umsetzung des Minsker Abkommens und die Rückgabe der Krim Voraussetzung für die Lockerung der EU-Sanktionen sind. Umgekehrt muss eine erneute Ausweitung der russischen Kriegshandlungen gegenüber der Ukraine eine Verschärfung der Sanktionen nach sich ziehen;
- für die weitere Zusammenarbeit im Europarat eine glaubwürdige und verbindliche Erklärung Russlands zu verlangen, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte anzuerkennen und seine Urteile umzusetzen;
- die offenen Drohungen der russischen Führung gegen Journalist*innen aus dem In- und Ausland in aller Deutlichkeit zurückzuweisen;
- vor dem Hintergrund der russischen Desinformationsaktivitäten neue Strukturen zur Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen zu schaffen und Bundesministerien sowie nachgeordnete Behörden sowie die Öffentlichkeit im Umgang mit Desinformation zu sensibilisieren;
- unabhängige Medien in Russland und Osteuropa konsequenter zu fördern;
- die Resilienz gegen IT-Angriffe, bspw. auf Bundestag und Bundesregierung, deutlich zu stärken;
- in der Ankündigung von möglichen Kooperationsfeldern mit Russland kritischer zu überprüfen, ob die russische Führung auf dem jeweiligen Gebiet tatsächlich zu Kooperation willens oder in der Lage ist;

- die Verletzung der Menschenrechte von LGBTIQ in Russland und insbesondere deren dramatische Situation im Nordkaukasus auf allen politischen Ebenen anzuprangern und schutzsuchenden LGBTIQ unkompliziert Asyl in Deutschland zu gewähren, ohne diese zusätzlichen Gefahren in Russland auszusetzen;
- ein von Russland mehrfach verlangtes finanzielles Engagement für den Wiederaufbau in Syrien weiterhin an einen Fortschritt im politischen Prozess unter Ägide der Vereinten Nationen in Genf sowie spürbare politische Reformen in Syrien zu koppeln;
- sich im Juli erneut im VN-Sicherheitsrat dafür einzusetzen, mit Russland und China eine vermittelnde Lösung zu finden, um die dringend notwendige humanitäre Cross-Border-Hilfe im Norden Syriens aufrechtzuerhalten;
- sich dafür einzusetzen, dass auch von Russland das im Rahmen des inner-libyischen Friedensprozesses vereinbarte Waffenembargo eingehalten wird und alle russischen Söldner aus Libyen abgezogen werden.

Berlin, den 4. Mai 2021

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Beispiele für die immer schärferen innenpolitischen Repressionen sind das Gesetz über sogenannte „ausländische Agenten“, das seit Jahren zivilgesellschaftliches Engagement stigmatisiert und massiv erschwert, und das jüngst auf Einzelpersonen und ausländische Journalist*innen ausgeweitet wurde; auch das Gesetz über „nicht erwünschte ausländische Organisationen“ erschwert die Finanzierung zivilgesellschaftlichen Engagements und soll grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Verruf bringen; die wiederholte Verschärfung der Demonstrationsgesetze und die deutliche Anhebung der Strafen in diesem Bereich; der Aufbau der direkt Putin unterstellten Nationalgarde; die regelmäßige Niederschlagung und Massenverhaftungen bei regierungskritischen Protesten; die Einführung einer uferlosen Vorratsdatenspeicherung; die zunehmende Überwachung des Internets einschließlich der Blockade von Websites und dem Vorgehen gegen regierungskritische Blogger*innen; die rigorose Anwendung des Extremismus-Gesetzes gegen kritische Stimmen im öffentlichen Raum sowie die Ausgrenzung und Stigmatisierung von LGBTIQ. Die Liste über politische Gefangene des russischen Menschenrechtszentrums Memorial nennt derzeit 74 Namen, die unter schwierigsten und oftmals menschenverachtenden Bedingungen in russischen Gefängnissen und Straflagern inhaftiert sind.

Der politischen Verantwortung des Kremls zuzurechnen sind des Weiteren über hundert Attentate und gewaltsame Übergriffe auf Journalist*innen, Menschenrechtler*innen, Oppositionelle sowie Personen, die sich vom Regime abgewandt haben, darunter die Ermordung Anna Politkowskajas, Natalja Estemirowas, Boris Nemzows sowie Alexander Litwinenkos. Der führende Oppositionelle Russlands, Alexey Nawalny, entkam nur knapp einem Mordanschlag. Kein einziger Mordanschlag mit politischem Hintergrund ist jemals von den russischen Behörden aufgeklärt worden. Insbesondere in der russischen Teilrepublik Tschetschenien sind schwerste Menschenrechtsverletzungen einschließlich außergesetzlicher Hinrichtungen an der Tagesordnung.

Beispiele für die zunehmend aggressive Außenpolitik Russlands unter Putin sind der Krieg gegen Georgien und die faktische Besetzung bzw. schleichende Annexion von Teilen des Landes; die völkerrechtswidrige Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim; der Krieg gegen die Ukraine; der Abschuss des Passagierflugzeugs MH17; die Eskalation in der Meerenge von Kertsch; die offene und verdeckte Unterstützung des mörderischen Assad-Regimes in Syrien; der Einsatz russischer Söldner in Libyen; der Giftanschlag von Salisbury; unzählige Cyberattacken zum Beispiel auf die Organisation für das Verbot chemischer Waffen, den Deutschen Bundestag oder Bundeskanzlerin Merkel; der Mord im Kleinen Tiergarten von Berlin sowie die Unterstützung des Terrorregimes des belarussischen Diktators Aljaksandr Lukaschenka.

Die Pipeline „Nord Stream 2“ ist weder im europäischen, noch im deutschen Interesse. Sie widerspricht den Klimazielen der Europäischen Union. Das Projekt spaltet die Europäische Union und schadet dem Ansehen und der Glaubhaftigkeit deutscher Politik. Wichtige Partner Deutschlands, mit denen wir gemeinsame Werte und Interessen teilen, bringen seit Jahren ihre Bedenken gegen die Pipeline vor. Nord Stream 2 dient im Wesentlichen der Finanzierung des reformunwilligen, repressiven und aggressiven Regimes Wladimir Putins sowie der persönlichen Bereicherung seines direkten Umfeldes. Der jüngste Mordversuch an Alexey Nawalny steht exemplarisch dafür, dass den Preis für vermeintlich günstiges Gas vor allem die Menschen in Russland zahlen.

Während die Reallöhne der russischen Bevölkerung in den vergangenen Jahren sanken und das Wirtschaftswachstum aufgrund der hohen Staatsquote, weitverbreiteter Korruption, mangelnder Rechts- und Investitionssicherheit, der Abhängigkeit vom Erdöl- und Erdgasgeschäft und selbstverantworteten Handelsbeschränkungen, auf niedrigem Niveau stagnierte, bereichert sich die kriminelle Machtelite weiter. Belege für illegale Bereicherung, Geldwäsche und Korruption lieferten nicht nur die Panama Papers, sondern auch die vielbeachteten Recherchen von Alexey Nawalny. Viel zu lange schon können Systemgünstlinge und Oligarchen ungehindert in die Europäische Union einreisen, ihr durch kriminelle Machenschaften erworbenes Geld anlegen und die Vorzüge einer offenen Gesellschaft wahrnehmen – die der überwiegenden Mehrheit der russischen Bürgerinnen und Bürger verwehrt bleiben.

